



Parlament Wien

Kommentare zur Lage

Einleitung

Der Internationale Holocaust-Gedenktag am 27. Jänner 2021, dem 76. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, stellte das Schicksal der Kinder in den Mittelpunkt der Feierlichkeiten. Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler (ÖVP) erklärte in einer Aussendung: „Die Zeit des Nationalsozialismus hat gezeigt, wie schnell Worte zu Taten werden können und dass es nur ein kleiner Schritt von Hass und Hetze zu Verfolgung und Gewalt ist“. Kanzler Sebastian Kurz mahnte, die schrecklichen Verbrechen nie zu vergessen.¹

Die Bundesregierung leistete einen besonderen Beitrag zum Gedenktag, der, so Präsident Alexander van der Bellen, in Erinnerung rufe, die Grund- und Freiheitsrechte entschieden zu verteidigen. In der Nacht vom 26. auf den 27. Jänner 2021 inszenierte Innenminister Karl Nehammer medial groß aufgemacht die Abschiebung von zwei Familien mit ihren Kindern aus Wien nach Georgien und Armenien. Mit Helmen und Sturmhauben ausgerüstete Wega-Beamte verfrachteten sie in ein Flugzeug. Ein weiteres Mal, so *Simon Lukasser* in seinem Beitrag „Abflug in ein fremdes Land. Anmerkungen zur Asylpolitik und Abschiebep Praxis Österreichs“, vermittelte die türkise ÖVP auf solche Weise die Botschaft, in der Frage von Asyl und Migration härter und ideologisch standfester zu sein als die FPÖ.

Franz Klug stellt in seinem Artikel „Tiroler Grüne Regierungsjahre – Bilanz und Ausblick“ die beiden Wahlprogramme der Grünen von 2013 und 2018 den jeweiligen Regierungsprogrammen der Koalition von ÖVP und Grünen im Tiroler Landtag gegenüber, um sie an der Realität zu messen und Erfolge wie Versäumnisse darzustellen. Für die Zukunft empfiehlt er der Grünen Spitze, sich weitaus stärker als bisher für den Ausbau der Partei in den Bezirkshauptstädten, aber auch am Land zu engagieren und die Basis bei großen Grünen Regierungsprojekten vermehrt einzubinden. Denn, so Klug: „Wenn die politische Arbeit der Grünen weitergeht wie bisher, werden sie auch künftig je nach politischer Großwetterlage zwischen Wahlgewinnen und Wahlverlusten schwanken. Die Möglichkeiten, in der Regierung viel mehr und Grundlegenderes umzusetzen, bleiben dann weiterhin ungenutzt und damit auch die Chance, die Grünen nachhaltig zur zweitstärksten Partei in Tirol aufzubauen.“

In seinem Beitrag „Laizität 2.0. Die Trennung von Staat und Weltanschauung im 21. Jahrhundert“ führt *Niko Alm* aus, warum Laizität begrifflich und inhaltlich aktualisiert und neu definiert werden muss. Er verweist auf lediglich 12 Staaten mit laizistischer Verfassung, doch selbst sie „unterliegen dem Fehlschluss, Religion besonders behandeln zu müssen“ und trennen Religion und Politik nicht entschieden genug. Die Situation in Österreich ist besonders kurios. Die Sonderrechte der katholischen Kirche stützen sich auf einen völkerrechtlich bindenden Vertrag von 1933, andere Religionsgemeinschaften sind über einen niedrigeren Rechtsstatus

anerkannt, sei es als Körperschaft öffentlichen Rechts oder lediglich wie ein Verein. Dieser „religiösen Dreiklassengesellschaft“ steht jedoch gegenüber, dass der Staat einer Gesellschaft der Diversität Rechnung trägt und immer mehr Religionsgemeinschaften anerkennt, die sich über Religionsprivilegien erfreuen können. „In Summe unterhält die Republik damit je nach Zählart 16 oder 26 Staatsreligionen, die über viele Rechte verfügen und wenige Pflichten erfüllen müssen.“ Die das Nachsehen haben, sind die Konfessionsfreien. Sie zählen derzeit rund zwei Millionen Menschen, denen der Zugang zu den Privilegien der Religionsgemeinschaften verwehrt ist. Niko Alm plädiert daher für eine verordnete, in der Verfassung verankerte Laizität, die weltanschauliche Neutralität garantiert und die gesetzlichen Privilegien von Religionsgemeinschaften beseitigt. Für den Staat ist die Art und die Begründung der Weltanschauung seiner Bürgerinnen und Bürger gleichgültig, solange diese sich an die Gesetze halten: „Er gibt Religion nur keine Sonderbehandlung mehr – weder bevorzugend noch benachteiligend.“

Der Beitrag von *Steffen Arora* „Die Unheilsbringer. Tiroler Seilschaften und das Geschäft mit den PCR-Tests“ liest sich wie ein spannend konstruierter Krimi, in dem Familienbanden ein Geschäftsmodell darstellen, das den Weg zu Politik und Geld bahnt. Bis man ungläubig den Kopf schüttelt, sich in einer Satire wähnt, die doch die Wirklichkeit nicht toppen kann. Mitten in der Corona-Pandemie, als PCR-Testungen noch vor der Möglichkeit, sich impfen zu lassen, den Königsweg zur Eindämmung des Virus und für den Zugewinn an Freiheit im täglichen Leben und Arbeiten darstellten, brach das Land Tirol mit den damaligen Anbietern und vergab den Millionenauftrag an ein einziges Unternehmen, die HG Lab Truck. Das Absonderliche: Es gab keine Ausschreibung, die Firma war soeben gegründet worden, besaß keine Erfahrungen auf diesem Gebiet und hatte sich dem Land Tirol selbst angedient. Eine wesentliche Rolle spielte bei diesem Deal im September 2020 ein gut vernetztes Ehepaar aus der Kitzbüheler Society, das regelmäßig mit ihren Unternehmungen gescheitert war, mit Medizin nichts zu tun hatte, dafür umso mehr mit Eventmanagement, und enge familiäre Beziehungen zum Ehepaar Herwig unterhielt. Ralf Herwig, der wie seine Frau in Kitzbühel einflussreiche Verbindungen pflegt, war der Geschäftsführer der Firma HG Lab Truck, die quasi einen all-inclusive Vertrag des Landes Tirol für die Durchführung der PCR-Tests erhielt. Herwig ist aber kein Virologe, sondern ein Urologe, gegen den mehrere Gerichtsverfahren wegen schwerer Körperverletzung und schweren Betrugs anhängig waren und sind. Den Arztberuf darf er nach einer Entscheidung der Wiener Ärztekammer vorläufig seit dem Frühjahr 2021 nicht mehr ausüben. Weshalb das Land Tirol keine Recherchen über diesen Hintergrund angestellt hat, bleibt unerklärlich. Es möchte auch nicht öffentlich machen, mit wem das Kitzbüheler Ehepaar die Vorgespräche zur Beauftragung der HG Lab Truck geführt hat und wer im Justizariat den Vertrag unterzeichnete.

Die Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft hat sich der Causa angenommen und einen Vorhabensbericht an das Justizministerium übermittelt. Unter anderem stellt sich die Frage, ob die PCR-Tests sach- und fachgerecht durchgeführt wurden. Auch der Landesrechnungshof stellt Überprüfungen an, ebenso das Finanzamt. Die Zusammenarbeit mit Ralf Herwig hat das Land Tirol im Mai

2021 aufgekündigt, im August 2021 versandte Herwig dennoch zehntausende positive PCR-Testergebnisse aus Tirol mitsamt den Daten der PatientInnen – unverschlüsselt per E-Mail. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und der Datenschutzbehörde sind die Folge. Steffen Arora bemerkt zu all diesen Vorgängen: „Eigene Fehler in der Causa HG Lab Truck räumte das Land Tirol nicht ein. Alles richtig gemacht.“

Anmerkung

- 1 Holocaust: Online Gedenken an die Befreiung von Auschwitz, 27.1.2021: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2090363-Online-Gedenken-an-die-Befreiung-von-Auschwitz.html> (Zugriff 1.9.2021).